



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Preußenbrief November 2020



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

c/o Hilton Berlin • Mohrenstr. 30 • 10117 Berlin • Telefon: 0173/9313437 www.preussen.org - email: kontakt@preussen.org

Vorstand

Präsident: Steffen Bender

Vorstand: H-J. Prillwitz, T. Gütschow, M. Kayser

Ehrenpräsident: Volker Tschapke

Beirat

Beirat: M. Aden, H. Bracksmajer, H. Lenk, D. Lohmeier, W. Nowusch, M. Otte, N. Neuendorf

Amtsgericht: VR 17087 NZ, als gemeinnützig anerkannt FA Körperschaften I, St.Nr. 675/53373

Kontoverbindung: Berliner Bank AG • BLZ 100 708 48 • Konto-Nr. 48 28 68 700

IBAN:DE 93 100 708 480 482 868 700; BIC/SWIFT: DE UT DE DB 110



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Worte des Monats November 2020 von Gustav Stresemann:



Die meisten Deutschen haben nur ein Gebet:

Herr, unsere tägliche Illusion gib uns heute.

Gustav Stresemann (1878 - 1929), deutscher Politiker, Reichsaußenminister und Friedensnobelpreisträger 1926



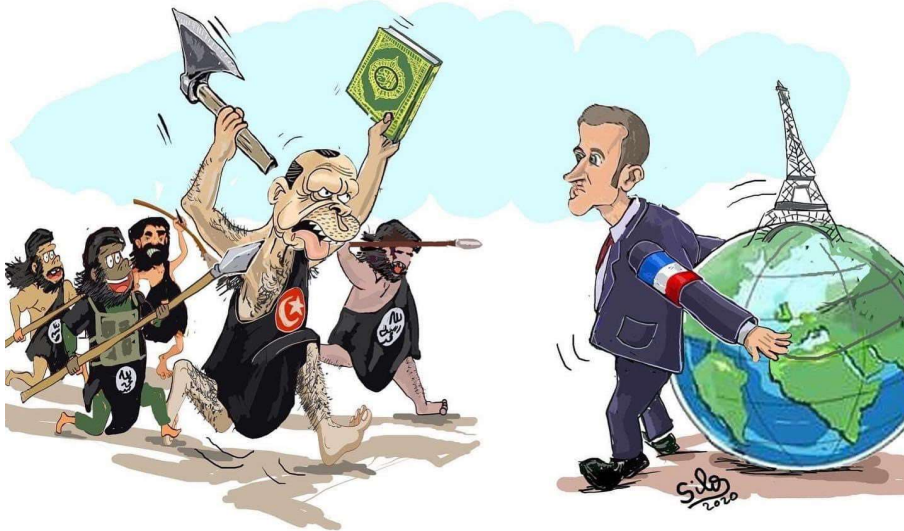
Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.



Sehr geehrte Freunde und Mitglieder,
was ist aus unserem Europa geworden?

Aufgepeitscht oder auch gesteuert durch ISIS und Menschen wie Erdogan, morden islamistische Täter in Frankreich und Deutschland. Junge islamische Terroristen köpfen binnen wenigen Tage Besucher einer Kirche in Nizza und erstechen ein homosexuelles Paar in Dresden.

Was muss noch alles passieren, bevor ein Umdenken stattfindet?



Ich befürchte, dass es für viele Gegenmaßnahmen schon zu spät ist.



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.



Gut zu dieser Frage passt die Gastkolumne unseres Redners am Neujahrsempfang 2017, Herr Prof. David Engels.

Seit Jahren prangert er die Entwicklungen in Europa an, da er ja auch bis vor zwei Jahren in Belgien wohnte, und die Entwicklung auch noch einmal in einer extremeren Weise erlebt hat.

Auch Prof. Kerber trifft den Nagel mit seinem Beitrag wieder auf den Kopf, indem er die Wahlrechtsreform, die man nicht als solche bezeichnen kann, kritisiert.

Auch die gegenwärtigen Maßnahmen zur zweiten Welle in Sachen Corona, finden ohne Diskussion und Abstimmung bei unseren Volksvertretern statt. Merkel regiert durch, ohne Nachfrage und alternativlos, wie ehe und je.



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Wir machen mit Veranstaltungen auch erst im Februar und März weiter.

Abschließend noch zwei Kommentare zur Lage:

Yoval Noah Harari, israelischer Historiker:

„Wir sind heute in der Lage, die perfekte Diktatur zu errichten. Es wäre ein autoritäres Regime, wie es der Planet noch nicht gesehen hat. Eine Diktatur die schlimmer wäre als Nazideutschland oder die Sowjetunion unter Josef Stalin, ist heute denkbar....die neuen Technologien des 21. Jahrhunderts machen das nun möglich. Man braucht keinen Spion mehr auf der Straße, der die Menschen bewacht. Stattdessen gibt es Kameras, Mikrofone oder Sensoren“.

Der französische Intellektuelle Pascal Bruckner:

„Meine Sorge ist, dass man das Phänomen in dem Moment entdeckt, wo es schon zu spät ist. Einem beträchtlichen Teil der jungen Muslime in Frankreich, ungefähr 30 %, ist die Scharia wichtiger als die Gesetze der Republik. Der politische Islam hat seine Netzwerke seit 30 Jahren in Frankreich und Europa ungehindert ausgebaut!“.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

Ihr

Steffen Bender



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.



I.

Was tun?

David Engels

6-7000 Z., Kurzvita 500 Z

Viele Konservative in Westeuropa geben sich immer noch der irrigen Vorstellung hin, die gerade erst einsetzende umfassende Transformation unserer Zivilisation ließe sich noch mit den herkömmlichen politischen Instrumentarien aufhalten oder gar kurz- bis mittelfristig in allgemeines Wohlgefallen überführen. Es reiche, das Parlament und Regierung für einige Zeit erneut einen klar konservativen Kurs fahren würden, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Doch dies ist gleich doppelt falsch: Zum einen ist die Aussicht auf einen politischen Kurswechsel in Anbetracht der fast erdrückenden linksliberalen Dominanz in Politik, Verwaltung, Medien, Erziehung und Kultur völlig illusorisch und müsste nicht nur die nationale, sondern auch europäische Ebene erfassen, um wirklich effizient zu sein. Zum anderen ist der sich seit Jahrzehnten vollziehende Umbau unserer Gesellschaft so tiefgreifend, dass an eine Restitution des Status quo ante, etwa der (angeblich) „guten alten“ 1980er Jahre, nicht zu denken ist. Die nun schon 3 Generationen zurückreichende Massenimmigration, die Islamisierung der Gesellschaft, der Werteverlust der breiten Massen, die Überalterung der Bevölkerung, die Desindustrialisierung des Kontinents, der demographische Rückgang, das stetig wachsende Ungleichgewicht Europas im Vergleich zu China, die schreiende Bildungsmisere, der Schwund des Christentums, die Entkernung der Demokratie, die zunehmende Gewaltbereitschaft der Unzufriedenen, der Aufstieg des Extremismus – alle diese Faktoren lassen sich nicht mit einer Handvoll gutgemeinter Gesetzestexte



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

beseitigen: Sie haben unsere Gesellschaft bereits jetzt schon bis an den Rand der Unkenntlichkeit verändert, und in absehbarer Zeit werden auch noch die letzten Fassaden abendländischer Leitkultur und Rechtsstaatlichkeit zerbröckeln.

Mehr denn je stellt sich daher die Frage: „Was tun?“, und zwar ausdrücklich nicht nur im politischen, sondern auch im privaten Bereich. Denn es muss gerade die Konsequenz aus der oben skizzierten, ebenso bitteren wie notwendigen Diagnose sein, auch innerlich einzusehen, dass sich der gegenwärtige Verfall Europas in den nächsten Jahrzehnten trotz aller Bemühungen beschleunigen wird, und es eben nicht mehr ausreicht, einmal alle paar Jahre auf dem Wahlzettel ein Kreuz bei der „richtigen“ Partei zu kritzeln, um unsere Zivilisation vor dem Verfall zu retten: Jeder, der sich der abendländischen Kultur verbunden fühlt, muss fortan selber Hand anlegen, um zumindest ihre Rudimente über die anstehenden Krisenjahre hinweg lebendig zu erhalten, und das eben nicht mit Unterstützung von Politik, Gesellschaft oder selbst Kirchen, die allesamt rettungslos dem linksliberalen Mainstream verschworen scheinen, sondern vielmehr gegen sie. Hier setzt nun auch der Ansatz des Buchs „Was tun?“ ein, dass bewusst weitgehend auf politische Argumentationen verzichtet und einen resolut individuellen Standpunkt einnimmt. In 24 Kapiteln wird versucht, eine Reihe von konkreten Hilfeleistungen zu geben, wie es den „letzten Abendländern“ möglich sein kann, zumindest ein wenig vom guten alten Geist ihrer Zivilisation über die anstehenden „Jahre der Prüfung“ hinaus zu retten, die man vielleicht auch mit Spengler „Jahre der Entscheidung“ nennen könnte. Schon die Titel der verschiedenen Kapitel des Buchs sind programmatisch: Realistisch sein; den Staat aufgeben; eine neue Zivilgesellschaft aufbauen; die Stadt verlassen; verantwortungsvoll investieren; europäisch kaufen; kurzfristiges Denken überwinden; an der Natur teilhaben; den Körper als Geschenk betrachten; sich mit Schönheit umgeben; Gleichwertigkeit nicht mit Gleichheit verwechseln; eine Familie gründen; seine Kinder erziehen; seine Pflicht erfüllen; tolerant sein – aber nicht selbstmörderisch; die Worte abwägen; glauben; sich besinnen; lesen – aber nicht beliebig; „Rechts“ und „Links“ überwinden; den Gehorsam aufkündigen; Europa zurückerobern; stolz auf seine Geschichte sein; das Schlachtfeld wählen – kurzum: eine Anleitung zum kulturellen Widerstand, die aber eben nicht vom äußeren Kampf um die Gesellschaft, sondern vom inneren Kampf um die eigene, persönliche Identität ausgeht.

Bereits diese kurze Übersicht macht klar, dass es sich um ein sehr persönliches Buch, geradezu ein Brevier handelt, das keinerlei Anspruch auf eine erschöpfende oder gar „wissenschaftliche“ Analyse des Themas erhebt: Im Zentrum steht vielmehr die persönliche Erfahrung eines Autors, der sich bemüht, die Negativität bloßer kritischer Analyse zu überwinden und der Verzweiflung zu widerstehen, die einen jeden ergreift, der einsieht, dass das baldige Ende der abendländischen Zivilisation, wie wir sie kennen, ohnehin besiegelt ist, so dass als einzige Optionen nur der Rückzug in den sterilen nostalgischen Genuss der vergangenen Größe, oder aber ein zynischer Hedonismus übrigzubleiben scheinen. Hier aber soll ein dritter Weg skizziert werden: Sehenden Auges die unausweichlichen Verwerfungen der Zukunft zu akzeptieren und trotzdem dem eigenen Erbe treu zu bleiben, um es für spätere Zeiten zu konservieren. Denn ebenso, wie es deutlich scheint, daß die „letzten Abendländer“ in ihrer eigenen Heimat in absehbarer Zeit zu einer Parallelgesellschaft unter vielen degradiert werden und ihre Identität nur gegen den Widerstand



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

ihrer Umwelt verteidigen können, scheint doch auch offensichtlich, dass sich die immer stärker anwachsenden Konflikte zunehmend in Gewalttaten und Unruhen entladen werden, bis der Moment kommt, an dem die Leidensfähigkeit der Menschen erschöpft und einvernehmlich ein neues Gleichgewicht für die auseinanderdriftenden Bestandteile unserer Gesellschaft gefunden werden muss.

Das Abendland wird zwar nie mehr dem gleichen, was viele unter uns noch in ihrer Kindheit als „normal“ kennengelernt haben, es ist aber (noch) nicht zu spät, die abendländische Lebensart zu einer zwar nicht mehr innerlich mehrheitlich geteilten, aber immerhin formal allgemein akzeptierten Leitkultur zu machen, welche einen verbindlichen Rahmen zur Integration der verschiedensten Parallelgesellschaften schafft. Dies ist aber nur möglich, wenn wir seine Traditionen am Leben halten und eben nicht nur abstrakt und rationell, sondern auch in unserem konkreten Alltag pflegen und weitergeben und somit Vorbildwirkung entfalten. Wie eine solche Lebensführung aussehen könnte, und inwieweit sie in alle Bereiche unseres Wirkens ausstrahlen kann, steht im Mittelpunkt von „Was tun?“, dessen Ziel nicht Belehrung, sondern Anregung sein soll, und das vor allem den Beweis liefern will, dass die „letzten Abendländer“ mit ihrer Verzweiflung ebenso wie mit ihrer Hoffnung nicht alleine sind und mit dem entsprechenden Mut durchaus auch die Kraft entfalten können, sich im Überlebenskampf unserer gegenwärtigen Spätzeit zu behaupten.

David Engels, Jahrgang 1979, wurde im ostbelgischen Verviers geboren. Er studierte und promovierte sich in Alter Geschichte an der RWTH-Aachen und wurde 2008 auf den Lehrstuhl für Römische Geschichte an der Universität Brüssel (ULB) berufen, wo er auch Herausgeber der altertumswissenschaftlichen Zeitschrift „Latomus“ war. Seit 2018 arbeitet er als Forschungsprofessor am „Instytut Zachodni“ in Polen und lehrt an der Akademie von Gorzów Wielkopolski. Einem breiteren Leserkreis wurde er durch seine kulturkritischen Bücher „Auf dem Weg ins Imperium“ (2014), „Renovatio Europae“ (2019) und „Was tun“ (2020) bekannt.



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

II.

Beschäftigungsgesellschaft

von Markus C. Kerber

Am 7.10.2020 debattierte der Bundestag über sich selbst. Genauer gesagt: der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Schäuble, ließ darüber befinden, ob die Reform des Wahlrechts, mit der die Anzahl der Abgeordneten gesenkt werden sollte, abstimmungsfähig sei. Oppositionelle von links und rechts protestierten gegen diese Nicht-Reform, weil deren Anliegen, die Senkung der Anzahl der Abgeordneten von mittlerweile 705 auf ehemals 598, in weite Ferne gerückt sei. Der Bundestag kostete den Steuerzahler im Jahre 2019 fast 1 Mrd. Euro. Bundestagsdienststellen, die sich ›wissenschaftliche Dienste‹ nennen und sehr parteiische Gutachten auf Anforderung von Abgeordneten vorlegen, sind zu einem nicht unerheblichen Kostenblock im Bundeshaushalt geworden. Seit Jahren geben selbst die Staatsparteien – darunter CDU/CSU und SPD – zu, dass die Situation nicht befriedigend sei. Zu einer durchgreifenden Wahlrechtsreform konnten sie sich wegen unterschiedlichster Gesichtspunkte nicht durchringen.

Dies hängt damit zusammen, dass es Parteien gibt, die in ihrem Stammland von der Direktwahl in besonderer Weise profitieren. So holt die CSU in Bayern sämtliche Direktmandate, weil sie dort die eindeutig stärkste Partei ist und man auch mit weniger als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Bundestagsmandat direkt erringen kann. Andere Parteien – wie die Oppositionellen aus den Reihen von AfD, PDS und FDP sowie den Grünen – schwören auf das Verhältniswahlrecht, das heißt, auf die Bestimmung von Abgeordneten anhand von Landeslisten. Hierbei dürfen die Parteien darüber entscheiden, über wen es den Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Landes erlaubt ist, abzustimmen. Mit dem Ankreuzen einer Landesliste wird die vorgefertigte Reihenfolge, die von einem Parteitag – nach intransparenten Beratungen in Hinterzimmern – entschieden worden ist, beschlossen.



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Der verdienstvolle Kombattant Dr. Manfred Hettlage führt seit Jahren einen Krieg gegen dieses Wahlsystem. Er ist der Auffassung, dass nicht nur eine Stimme ausreiche, sondern dass es in der Demokratie auch nur eine Stimme geben dürfe. Indessen will er allein dem Kandidaten mit den meisten Stimmen in einem Wahlkreis – auch wenn es nur 21 oder gar 19 Prozent der abgegebenen Stimmen sind – das Bundestagsmandat zusprechen. Über Dr. Hettlages Vorschläge, die aufgrund der mangelnden absoluten Mehrheit der Direktstimmen problematisch sind, ist weder im Bundestag noch im öffentlichen Raum gestritten worden.

So geht im Prinzip alles weiter wie bisher. Die Parteien von PDS bis AfD haben es sich nicht nur gemütlich im Staat eingerichtet. Vielmehr haben sie ihn kolonisiert. Die Angst, Pfründe zu verlieren, ist größer als der Wille, Veränderungen in diesem System zu wagen. Auf diese Weise wird nicht nur viel Geld verbraten, ohne dass es der Demokratie nützt. Im Gegenteil, die Anerkennung des Deutschen Parlaments als einer repräsentativen Versammlung des deutschen Volkes wird zunehmend ausgehöhlt. Alle Bürgerinnen und Bürger, die sich die lapidaren Wortgefechte in einem gelangweilten Plenum, das höchstens zu 10 Prozent besetzt ist, anhören, gewinnen den Eindruck, dass hier ein kleiner Club von Erwählten Scheindebatten führt. Helmut Schmidt hat auf seine alten Tage mit aller Deutlichkeit für ein Direktwahlsystem plädiert. Indessen ließ er offen, ob jeder Abgeordnete auch mindestens 50 Prozent der in seinem Wahlkreis abgegebenen Stimmen erhalten solle, um in den Bundestag einzuziehen. Der Deutsche Bundestag in seiner Gesamtheit ist sich indessen einig: Die Damen und Herren Abgeordneten wollen nicht mehr Demokratie wagen, sondern die Beschäftigungsgesellschaft mit 705 Abgeordneten und einem unübersehbaren Tross von Parteimitarbeitern vor der Kritik des Volkes schützen. Das wird auf Dauer nicht gut gehen und lockt prinzipielle Gegner der parlamentarischen Demokratie auf den Plan. Aber bestimmten Abgeordneten sind auch die Futtertröge des Deutschen Bundestags noch zu leer. Daher wird Martin Schulz – der erfolgloseste aller SPD-Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden – neben seinem Bundestagsmandat nun auch noch Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung werden. Dies macht dem Namen von Friedrich Ebert nicht nur wenig Ehre, sondern beleuchtet ein System von Selbstbedienung, das Schulz im



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Windschatten der Öffentlichkeit in Brüssel von der Pieke auf gelernt hat. Und wie wir sehen, scheint er mit Erfolg dieses System auch in Berlin implementiert zu haben.

Geschrieben von Kerber Markus C.

Rubrik: Kerbers Kolumne

www.globkult.de

Veröffentlicht: 22. Oktober 2020

III.

Der Vortrag von Prof. Dr. Söllner bei uns:

Prof. Dr. Fritz Söllner, TU Ilmenau

Der Große Kurfürst: Ein Vorbild für die deutsche Migrationspolitik?

Migration gab es schon immer, aber sie wurde nicht immer so krisenhaft erlebt, wie dies heute der Fall ist. Die preußische Geschichte liefert ein gutes Beispiel dafür, wie gut Zuwanderung funktionieren und welche Vorteile sie nicht nur den Zuwanderern, sondern auch dem Zielland bringen kann. Als Ludwig XIV. am 18.10.1685 das Toleranzedikt von Nantes aufhob und die Hugenotten in Frankreich wieder verfolgt wurden, reagierte der Große Kurfürst von Brandenburg-Preußen, Friedrich Wilhelm, sehr schnell und erließ am 8.11.1685 das Edikt von Potsdam, mit welchem er die Hugenotten zur Übersiedlung in sein Land einlud. Die Motive, die in dazu bewegten, waren zweierlei: Erstens hatte er religiöse Gründe; er wollte den verfolgten Glaubensgenossen zu Hilfe kommen. Zweitens gab es auch wirtschaftliche Beweggründe. Brandenburg-Preußen litt noch sehr unter den Folgen des Dreißigjährigen Krieges: Die Bevölkerung war geschrumpft, die Städte waren teilweise zerstört, viele Ackerflächen lagen brach, die Produktion war eingebrochen und die Staatseinnahmen flossen nur spärlich. In dieser Situation erhoffte sich Friedrich Wilhelm von der Zuwanderung der Hugenotten einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine schnellere Überwindung der Kriegsfolgen. Von den ca. 200.000 Hugenotten, die aus Frankreich flohen, gingen ca. 20.000 nach Brandenburg-Preußen (1,2% der damaligen Bevölkerung von 1,5 Millionen); ein Viertel der Neuankömmlinge ließ sich in Berlin nieder, wo sie ca. 20% der Einwohnerschaft ausmachten. Die Einwanderer waren meist gut ausgebildet und hochqualifiziert; sie gehörten zur Elite ihrer jeweiligen Berufsgruppen. Es handelte sich vor allem um Angehörige von Berufen des Textilgewerbes (Tuchmacher, Färber, Weber), daneben kamen auch andere Handwerker (z.B. Messerschmiede, Uhrmacher) sowie Ärzte und Apotheker. Bei der Zuwanderung wurde nichts dem Zufall überlassen, sondern diese wurde sehr zielgerichtet



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

gesteuert und gründlich durch ein Komitee von Verwaltungsexperten organisiert: Die „réfugiés“ wurden in Sammellagern (Frankfurt a.M., Hamburg, Amsterdam) in Empfang genommen und dann nach Brandenburg-Preußen weitergeleitet, wo sie in den Städten angesiedelt wurden, die am meisten unter Bevölkerungsverlust gelitten hatten und deshalb am ehesten von Zuwanderung profitieren konnten (neben Berlin waren dies z.B. Magdeburg oder Königsberg). Nur anfangs kam es auch zur Zuwanderung Unqualifizierter, wie etwa ungelernten Tagelöhnern, schon ab Februar 1686 wurden diese nicht mehr aufgenommen. Man hat also nicht einfach die Grenzen geöffnet und alle kommen lassen, die da kommen wollten. Die Hugenotten wurden von Anfang an großzügig unterstützt. Friedrich Wilhelm gewährte ihnen Privilegien und wirtschaftliche Anreize. Dies tat er einerseits, weil er in Konkurrenz um die Einwanderer mit anderen deutschen Staaten und der Schweiz stand, andererseits, um die * Vortrag gehalten in Berlin am 14.10.2020 bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg eV. 2 erhoffte wirtschaftliche Belebung zu beschleunigen. Der von der Zuwanderung z.B. eines Tuchmachers erwartete wirtschaftliche Effekt würde natürlich eher eintreten, wenn dieser sofort mit Hilfe eines günstigen Kredits eine Manufaktur eröffnen könnte, als wenn er erst zehn Jahre sparen müsste, bis er dazu genügend Eigenkapital hat. Neben der Kreditgewährung bestanden die den Hugenotten eingeräumten wirtschaftlichen Vorteile u.a. in der Zuweisung von Land, der Zurverfügungstellung von Baumaterialien und der Befreiung von direkten Steuern (zunächst für sechs, später für 15 Jahre). An rechtlichen Privilegien sind zu erwähnen die sofortige Gewährung der vollen Bürgerrechte, die Gleichstellung des hugenottischen Adels mit den einheimischen Adligen, Religionsfreiheit, das Recht auf die eigene Sprache und das Recht auf eigene Schulen. Die Hugenotten hatten sogar (in Grenzen) eine eigene Gerichtsbarkeit: Sie durften sich einen hugenottischen Schiedsrichter für die Schlichtung interner Streitigkeiten wählen; für Probleme zwischen Deutschen und Hugenotten sowie für fehlgeschlagene Schlichtungsversuche zwischen Hugenotten gab es ein deutsch-hugenottisches Richterkollegium. Daraus entwickelte sich im Lauf der Zeit eine eigenständige Gerichtsbarkeit, die aber unter zentraler Verwaltung von Berlin stand (also kein „Staat im Staat“ war). Sie funktionierte besser als die Gerichtsbarkeit sonst im Königreich und diente als Vorbild für die Justizreform des 18. Jahrhunderts. Trotz dieser Vorrechte kam es zu einer weitestgehend problemlosen Integration und Assimilation. Vielleicht sollte man besser von einer Akkulturation sprechen, da es zu einer gegenseitigen Anpassung kam, bei der die Hugenotten aber den weitaus größten Teil der Anpassung leisteten. Zwar gab es anfängliche Widerstände der einheimischen Bevölkerung, die auf die wirtschaftlichen Vorteile der Neuankömmlinge neidisch und über die durch diese ausgelösten Preissteigerungen (z.B. bei Lebensmitteln) unwillig war. Dieser Unwille legte sich aber schnell, als den Einheimischen die Vorteile durch die Einwanderung klar wurden. Hugenotten wurden beliebte Nachbarn, weil sie sehr ordentlich und gesetzestreu waren, und begehrte Lehrherren, bei denen man viel Neues und Wertvolles lernen konnte; deutsche Kinder wurden häufig auf französische Schulen geschickt, die besser als die deutschen Schulen waren. Auch das Recht auf die eigene Sprache stand einer Integration nicht im Wege. Denn Deutsch musste de facto gelernt werden für den Kontakt zu Behörden, Kunden und Lieferanten, sodass Französisch allmählich zur Zweitsprache wurde – und das auch nur in der Oberschicht. Nicht zuletzt deshalb kam es zu einer schnellen Verschmelzung der Bevölkerungsgruppen: Ab Mitte des 18. Jahrhunderts heirateten ca. drei Viertel der Hugenotten deutsche Männer bzw. Frauen.



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Auf preußischer Seite bestand die „Anpassung“ im Wesentlichen darin, dass man Gefallen an vorher unbekanntem Produkten (z.B. Weißbier oder Spargel) fand und ungewohnte Gebräuche (z.B. den Besuch von Gartenlokalen) übernahm. Die problemlose Integration ist nicht wirklich überraschend: Wie erwähnt waren die Zuwanderer sehr qualifiziert und brachten Vorteile für die einheimische Bevölkerung; vor allem aber gab es nur eine geringe kulturelle Distanz. Französisch wurde von der preußischen Oberschicht gesprochen; es bestand eine enge Glaubensverwandtschaft; und beide Bevölkerungsgruppen waren Teil der gemeinsamen europäischen Zivilisation. Die ökonomischen Hoffnungen Friedrich Wilhelms erfüllten sich vollständig. Es kam nicht nur kurzfristig zu Wirtschaftswachstum infolge der gestiegenen Nachfrage und des gestiegenen Arbeitskräftepotentials. Wichtiger war die längerfristige Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Wissenstransfer und den damit einhergehenden technologischen Fortschritt. Dabei gab es durchaus auch Rückschläge: Die Seidenproduktion mit Pflanzung von Maulbeerbäumen und Zucht von Seidenraupen schlug fehl; etliche Unternehmensgründungen waren erfolglos; und der Wissenstransfer dauerte relativ lange, was vor allem daran lag, dass 3 Brandenburg-Preußen zu rückständig war, um schnell zu profitieren. Die einheimischen Handwerker und Gewerbetreibenden hatten erst einen Aufholprozess zu leisten, bevor sie sich die neuen Kenntnisse und Fertigkeiten effektiv zu Nutzen machen konnten. Insgesamt war die Zuwanderung aber ein großer wirtschaftlicher Erfolg und es zeigte sich, dass sich die Wirtschaft in den Städten, in denen sich Hugenotten ansiedelten, längerfristig deutlich besser entwickelte als im Rest des Landes. Friedrich List, dem berühmten deutschen Nationalökonom, ist also zuzustimmen, wenn er zu folgendem Urteil gelangt: „Preußens Industrie hatte mehr als die jedes anderen Landes durch die Verheerungen des dreißigjährigen Krieges gelitten. Sein bedeutendstes Gewerbe, die Tuchfabrication der Mark Brandenburg, war fast vernichtet. Die meisten Tuchmacher waren nach Sachsen ausgewandert, und die Einfuhren der Engländer wollten schon damals nichts aufkommen lassen. Zum Glück für Preußen erfolgte die Widerrufung des Edictes von Nantes und die Verfolgung der Protestanten (...). In Folge der von [dem Großen Kurfürsten] getroffenen Maaßregeln richtete ein großer Theil dieser Flüchtlinge seine Schritte nach Preußen, befruchtete den Ackerbau dieses Landes, brachte eine Menge Gewerbe auf, und cultivirte Wissenschaften und Künste.“¹ Damit wären wir bei den nichtökonomischen Aspekten der Zuwanderung. Denn die Hugenotten bewirkten nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen kulturellen Aufschwung. Unter ihnen befanden sich auch Verleger, Wissenschaftler und Dichter, die das Geistesleben befruchteten. So hatte die 1700 gegründete Preußische Akademie der Wissenschaften zeitweise 30% Hugenotten als Mitglieder, was ein deutliches Indiz dafür war, dass die Hugenotten nicht nur Teil der ökonomischen, sondern auch Teil der intellektuellen Elite Frankreichs waren. Berühmte Dichter hatten hugenottische Vorfahren, wie etwa Theodor Fontane oder Friedrich de la Motte Fouqué. Die Hugenotten erwiesen sich auch als vorbildliche Staatsbürger und Patrioten. Sie waren für ihre Aufnahme und die ihnen gewährten Privilegien und wirtschaftlichen Vorteile sehr dankbar. Diese Dankbarkeit äußerte sich in großer Gesetzestreue und unbedingter Loyalität zu Staat und Königshaus. Es war selbstverständlich, für Preußen in den Krieg zu ziehen – und zwar auch gegen Frankreich. Der Gedanke an doppelte Staatsangehörigkeit oder geteilte Loyalität lag den Neubürgern vollkommen fern. Die Familie des eben erwähnten Friedrich de la Motte Fouqué liefert hierfür das beste Beispiel. Sein Motto war zwar



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

französisch: A Dieu mon âme, Ma vie au Roi, Mon cœur aux dames, L'honneur pour moi. Aber der „Roi“, der König, ist ohne jeden Zweifel der König von Preußen. Der Großvater von de la Motte Fouqué diente als General unter Friedrich dem Großen; der Dichter selbst kämpfte auf der Seite Preußens in den Koalitionskriegen und in den Befreiungskriegen gegen Frankreich. Diese Tradition setzte sein Sohn fort, der es bis zum Generalmajor in der preußischen Armee brachte und u.a. am deutsch-französischen Krieg von 1870/71 teilnahm. Nicht ohne Grund bezeichnete Bismarck die Hugenotten als „die besten Deutschen“. 1 F. List, Das nationale System der politischen Oekonomie, Stuttgart 1841, S. 138. 4 Im Ergebnis hat Preußen durch die Einwanderung der Hugenotten sehr profitiert – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Aus der erfolgreichen Migrationspolitik des Großen Kurfürsten lässt sich eine wichtige Lehre ziehen: Wenn ein Land von Einwanderung profitieren will, muss es diese steuern und dabei Wert auf möglichst hohe Qualifikation und möglichst geringe kulturelle Distanz der Einwanderer legen. Leider hat die Bundesrepublik sich daran kein Beispiel genommen. Sie betreibt eine völlig andere Migrationspolitik, die zur unkontrollierten Zuwanderung Niedrigqualifizierter mit großer kultureller Distanz führt. Deshalb muss die aktuelle deutsche Migrationspolitik als gründlich verfehlt bezeichnet werden, was sowohl für die Einwanderungs- als auch und insbesondere für die Flüchtlingspolitik gilt. An dieser Stelle muss die Unterscheidung zwischen Einwanderern und Flüchtlingen getroffen werden. Bei der Einwanderung handelt es sich um kontrollierte, gesteuerte Zuwanderung; das Eigeninteresse unseres Landes steht im Vordergrund, da es darum geht, dass Menschen auf Dauer zu uns kommen, von denen wir einen wirtschaftlichen oder sonstigen Nutzen haben. Der Zuzug von Flüchtlingen erfolgt dagegen unkontrolliert und ungesteuert; das Motiv für deren Aufnahme ist der Altruismus, da Menschen, die verfolgt oder vom Krieg bedroht werden, Zuflucht geboten werden soll – und zwar solange, wie der Fluchtgrund besteht. Unter Flüchtlingen verstehe ich sowohl „echte“ Flüchtlinge, also Asylberechtigte, als auch Wirtschaftsflüchtlinge, also Menschen, die keinen Asylgrund haben und das Asylrecht aus wirtschaftlichen Gründen missbrauchen. Diese Begriffsabgrenzung war im Fall der Hugenotten nicht notwendig, da es kein Asylrecht im heutigen Sinne und deshalb auch keine unkontrollierte Zuwanderung gab. Im Übrigen wurden sie zwar immer nur „réfugiés“ genannt, waren aber sowohl Flüchtlinge als auch Einwanderer – und zwar gewollte Einwanderer. Die heutigen „Flüchtlinge“ (insofern sie überhaupt „echte“ Flüchtlinge sind) bleiben zwar meist auch auf Dauer und sind deshalb de facto Einwanderer, allerdings erfolgt diese Einwanderung unkontrolliert und ungewollt – oder zumindest offiziell ungewollt. Was die Einwanderungspolitik betrifft, so gibt es keine besonderen Anreize für Hochqualifizierte, obwohl Deutschland in einem internationalen Wettbewerb um diese steht. Es gibt kein Einwanderungsgesetz im Sinne einer langfristigen und potentialorientierten Einwanderungspolitik, wie sie dem Edikt von Potsdam zugrunde lag. Die Hauptbaustelle der deutschen Migrationspolitik ist aber die Flüchtlingspolitik. Im Gegensatz zur Politik des Großen Kurfürsten, der Geringqualifizierte bewusst ferngehalten hat, hat die deutsche Flüchtlingspolitik hohe Anreize für Niedrigqualifizierte geschaffen. Diese hohen Anreize haben drei Ursachen. An erster Stelle sind zu nennen die hohen Asylbewerberleistungen und sonstige Sozialleistungen. Beispielsweise ist schon der Hartz-IV-Regelsatz (an dem sich auch die Höhe der Asylbewerberleistungen orientiert) um 50% höher als das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von Nordafrika und drei Mal so hoch wie das von Schwarzafrika. Das erklärt auch,



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

warum der Zuzug gezielt nach Deutschland (oder andere Länder mit ähnlich großzügigen Leistungen) und nicht allgemein nach Europa erfolgt. Zweitens erlaubt das deutsche „Deluxe“-Asylrecht den langen Bezug dieser Leistungen. Hierfür ist zum einen die lange Dauer der Asylverfahren verantwortlich, in denen viele teils schwer überprüfbare Asylgründe (z.B. Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure oder psychische Gewalt) und viele Abschiebungshindernisse in Gestalt der Rechte gemäß der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte geltend gemacht werden können. Weiter verlängert werden die Verfahren durch die Möglichkeit, gegen ablehnende Bescheide ohne großes 5 Kostenrisiko zu klagen; in Asylprozessen werden grundsätzlich keine Gerichtskosten erhoben und die Anwaltskosten werden in sehr vielen Fällen durch die Prozesskostenhilfe gedeckt. Es verwundert deshalb nicht, dass gegen ca. 75% aller ablehnenden Asylbescheide geklagt wird. Zum anderen gehen die Behörden bemerkenswert inkonsequent bei Rückführung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber vor. Das führt dazu, dass sich zum 31.12.2019 ca. 213.000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland aufhielten, von denen ca. 110.000 „geduldet“ wurden. Mehr noch, wenn man sich lange genug als Geduldeter hier aufhält, gilt man irgendwann als „gut Integrierter“ und bekommt eine offizielle Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Das sind dann die von Herrn Scheuer zitierten „fußballspielenden und ministrierenden Senegalesen, die als Wirtschaftsflüchtlinge gekommen sind und die wir nie wieder loskriegen“. Auf diese Weise wird gewissermaßen aus Unrecht, wenn es nur lange genug andauert, Recht und es kommt zum Übergang von Flüchtlingen zu De-facto-Einwanderern, d.h. zur Vermischung von Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik – Politikfelder, die, wie wir gesehen haben, streng getrennt werden müssen. Drittens ermöglicht der mangelhafte Schutz der Grenzen, und zwar sowohl der deutschen Binnengrenze als auch der EU-Seegrenze, erst den massenhaften Missbrauch des Asylrechts und des Sozialsystems. Wir sehen heute aus den genannten Gründen die massenhafte Zuwanderung Geringqualifizierter in unseren Sozialstaat. So haben 35% aller über 18-Jährigen Flüchtlinge entweder gar keine Schulbildung oder nur eine Grundschulbildung. Deshalb dauert die Integration in den Arbeitsmarkt sehr lange (mehr als fünf Jahre), erfolgt die Beschäftigung überwiegend im Niedriglohnssektor oder im Rahmen geringfügiger Beschäftigungen und werden überdurchschnittlich häufig und überdurchschnittlich lang Sozialleistungen bezogen. Die Zahlen sprechen für sich: Die Arbeitslosenquote der Flüchtlinge pendelt um die 40%, die SGB-II-Quote um die 60% (d.h. der Anteil der Flüchtlinge, die Hartz IV oder Sozialgeld beziehen); 2019 hatten die Flüchtlinge einen Anteil an den gesamten SGB-II-Zahlungen von 15,3%, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung „nur“ 2,2% betrug. Die Konsequenzen der deutschen Migrationspolitik sehen deshalb deutlich anders aus als die Konsequenzen der Migrationspolitik des Großen Kurfürsten. Hinsichtlich der ökonomischen Folgen lassen sich drei Zeithorizonte unterscheiden: Kurzfristig entstehen für die einheimische Bevölkerung hohe Kosten für die unmittelbare Versorgung der Flüchtlinge und die von diesen bezogenen Sozialleistungen; Schätzungen zufolge beliefen sich diese Kosten seit 2015 auf ca. € 200 Mrd. Mittelfristig droht eine Verschärfung von Verteilungskonflikten: Das zunehmendes Arbeitskräfteangebot im Niedriglohnssektor führt dort zu Lohndruck; die zunehmende Wohnungsnachfrage hat eine größere Konkurrenz um Sozialwohnungen und steigende Mieten von kleinen, einfachen Wohnungen zur Folge. Beides geht zu Lasten der einheimischen Geringverdiener. Es sind auch vor allem deren Kinder, die unter der abnehmenden Unterrichtsqualität an Schulen mit hohem



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Flüchtlingsanteil zu leiden haben; denn Kinder gehen in der Regel wohnortnah zur Schule und da sich Flüchtlinge in denselben Stadtteilen wie die einheimischen Geringverdiener ansiedeln, schicken sie ihre Kinder auch in dieselben Schulen wie diese. Anders sieht es bei den einheimischen Hochqualifizierten und Gutverdienern aus: Sie konkurrieren weder am Arbeits- noch am Wohnungsmarkt mit den Flüchtlingen und ihre Kinder gehen nicht auf dieselben Schulen wie die Flüchtlinge. Deshalb wird die sozioökonomische Position der einheimischen Geringverdiener beeinträchtigt und es kommt zu einer zunehmenden Ungleichverteilung. Langfristig werden die Staatsfinanzen durch den Zuzug der Flüchtlinge belastet. Nach einer Untersuchung des Kollegen Raffelhüschen produziert jeder Flüchtling im Laufe seines Lebens einen negativen fiskalischen Effekt von durchschnittlich € 207.000; d.h. jeder Flüchtling nimmt im Durchschnitt € 207.000 mehr an Sozialleistungen in Anspruch als er an Steuer und Sozialversicherungsbeiträgen zahlt. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Flüchtlinge zur Lösung unseres demographischen Problems einen Beitrag leisten und helfen, unser Sozialsystem zu stabilisieren – ganz im Gegenteil. Diese Probleme werden durch eine noch so gute Integration mitnichten gelöst. Uns ist nicht dadurch geholfen, wenn hunderttausende von Geringqualifizierten in den Niedriglohnsektor und das Sozialsystem integriert werden. Integration ist kein Allheilmittel – im Gegenteil: Die erwähnten negativen Verteilungseffekte werden umso stärker ausgeprägter sein, je besser sich die Flüchtlinge integrieren, d.h. je mehr sie am Arbeitsmarkt als Anbieter und am Wohnungsmarkt als Nachfrager auftreten. In diesem Zusammenhang kann man vom „Dilemma der Integration“ sprechen. Neben den genannten ökonomischen Problemen entstehen weitere, nicht in erster Linie ökonomische Probleme dadurch, dass die Zuwanderer nicht nur geringqualifiziert sind, sondern auch eine große kulturelle Distanz zur einheimischen Bevölkerung aufweisen. Die dadurch verursachte starke Zunahme der Diversität führt u.a. zu einer höheren Kriminalitätsrate, volkswirtschaftlichen „Reibungsverlusten“ in Form steigender Transaktionskosten und einer Unterminierung des gesellschaftlichen Grundkonsenses, auf dem unser Sozialstaat beruht. Es führt kein Weg daran vorbei: Deutschland profitiert nicht von Zuwanderung, sondern wird stark belastet. Die deutsche Migrationspolitik kann als abschreckendes Beispiel dienen. Was kann, was muss in dieser Situation getan werden? Es ist selbstverständlich oder es sollte zumindest selbstverständlich sein, dass eine ökonomisch rationale Migrationspolitik die Steuerung der Zuwanderung zum Nutzen Deutschlands zum Ziel haben muss. Deshalb ist die Zuwanderung Hochqualifizierter mit geringer kultureller Distanz zu fördern und die dauerhafte Zuwanderung Geringqualifizierter mit großer kultureller Distanz zu verhindern. Zu diesem Zweck ist eine grundlegende Reform der Einwanderungs-, vor allem aber der Flüchtlingspolitik unabdingbar. Insbesondere gilt: „Wir müssen die weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden.“ Dieses Zitat stammt von einem Politiker, der für mich wie kein Zweiter klassische preußische Tugenden wie Sachlichkeit, Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung verkörperte: Helmut Schmidt. Leider wurde dem Ratschlag des Altkanzlers genauso wenig gefolgt wie dem Beispiel des Großen Kurfürsten. Insbesondere letzteres ist höchst bedauerlich, da wertvolle Lehren aus der preußischen Geschichte gezogen werden können.



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Ich habe mir ja als Thema die Frage gestellt, ob der Große Kurfürst ein Vorbild für die deutsche Migrationspolitik sei. Diese Frage will ich zum Abschluss eindeutig beantworten: Für die deutsche Migrationspolitik wäre der Große Kurfürst ein sehr gutes Vorbild, dem aber gegenwärtig leider nicht gefolgt wird. Wir sollten endlich die Lehren aus der preußischen Geschichte ziehen und uns an ihm und seiner Politik ein Beispiel nehmen. Dies gilt weniger für die Einzelheiten derselben als vielmehr für deren grundsätzliche Leitlinie – eine Leitlinie, die damals unausgesprochen blieb, weil sie als selbstverständlich galt. Deshalb kann ich dazu auch nicht den Großen Kurfürsten selbst zitieren, sondern „nur“ einen bekannten deutschen Finanzwissenschaftler des 19. Jahrhunderts: Adolph Wagner, der lange Jahre in Berlin lehrte: „[D]er mit Recht maßgebende Gesichtspunkt [besteht darin], das Recht der Einwanderung in erster Linie nach seinen Wirkungen auf die heimische Gemeinwirtschaft zu ordnen. Das Interesse des einzelnen Einwanderers steht erst in zweiter Linie.“² Es ist allerhöchste Zeit, diesem „maßgebenden Gesichtspunkt“ endlich wieder Geltung zu verschaffen. ² A. Wagner, Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre – Erster Theil, Leipzig 1876, S. 420.

V.

Geburtstage und Diverses

Im November 2020 feiern folgende Mitglieder ihren Geburtstag:

03.11.: Harald Braun

09.11.: Jürgen Just

15.11.: Thomas Krüger

21.11.: Michael Röling

22.11.: Ferdinand Fürst von Bismarck

29.11.: Meinhard Elbing



Vorstand und Beirat gratulieren herzlich



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

UNSER VEREIN:

I.

THEMEN FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE: REFORMEN BERLINS UND BRANDENBURGS, BILDUNG, PREUSSISCHER HUMOR, PREUSSENS MIGRATIONSPOLITIK, DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR, DIE VERROHUNG UNSERER GESELLSCHAFT, HUMOR UND TREITSCHKE, ENTWICKLUNG DER HAUPTSTADT, STAUFFENBERG UND SEIN VERMÄCHTNISS, PREUSSEN ZWISCHEN RECHTS UND LINKS

NEUJAHRSEMPFANG UND DEN MONATLICHEN PREUSSEN-BRIEF, SPENDEN SIND STEUERLICH ANWENDBAR

WERDEN SIE MITGLIED!!!!



Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

II.



Retten Sie die preussischen Tugenden und werden Sie Mitglied der preussischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg!!!

Eintritt zum 31.1.20 mit 20 % Rabatt und zwei Gratis-Büchern:

Simonnot, Die Schuld lag nicht bei Deutschland
Kerber, Voltaire/Friedrich
Dieckmann, Kulturation und Nationalkultur

Beiträge:

Pensionäre 110 €
Erwerbstätige 220 €
Firmen 300 €



THEMEN FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE: REFORMEN BERLINS UND BRANDENBURGS, BILDUNG, PREUSSISCHER HUMOR, PREUSSENS MIGRATIONSPOLITIK, DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR, DIE VERROHUNG UNSERER GESELLSCHAFT, HUMOR UND TREITSCHKE, ENTWICKLUNG DER HAUPTSTADT, STAUFFENBERG UND SEIN VERMÄCHTNISS, PREUSSEN ZWISCHEN RECHTS UND LINKS

~~NEUJAHREMPFANG UND DEN MONATLICHEN PREUSSENBRIEF, SPENDEN SIND STEUERLICH ANWENDBAR~~